

allen Hypotheken vorgehende Dienstbarkeitslast, die sich daher nicht ohnehin nach Art. 812 Abs. 2 ZGB bei der Verwertung ausschalten lässt. Die Abwehr dinglicher Lasten, insbesondere auch Pfandlasten, darf aber niemals unter Heranziehung des auf vorgehende Pfandforderungen entfallenden Erlöses geschehen. Das wäre ein unzulässiger Eingriff in die Vorzugsrechte der betreffenden Pfandgläubiger, die ja durch nachgehende Pfandlasten nicht berührt werden.

Daran scheidet die angefochtene Steigerungsbedingung. Es kommt auch nicht in Frage, sie zu Lasten nachgehender Hypotheken bestehen zu lassen, da solche nicht vorhanden sind. Es kann offen bleiben, ob dies überhaupt angehe, ohne Rücksicht darauf, ob die nachgehenden Pfandgläubiger der Prozessführung durch die Masse zugestimmt hätten. Vollends verschlägt nichts die Andeutung der Vorinstanz, es fehle vielleicht im unverpfändeten Massevermögen an den Mitteln zur Begleichung dieses Prozessaufwandes. Es geht schlechterdings nicht an, hiezu vorweg auf den den vorgehenden Pfandgläubigern zukommenden Pfanderlös zu greifen. Der Kollokationsprozess liegt im ausschliesslichen Interesse der Kurrentgläubiger; daher steht für diesen Aufwand nur der allfällige Überschuss des Pfanderlöses zur Verfügung.

Demnach erkennt die Schuldbetr.- u. Konkurskammer:

Der Rekurs wird gutgeheissen und die Steigerungsbedingung Ziff. 18 aufgehoben.

20. Entscheid vom 27. August 1946 i. S. Brunner.

Zustellung der Betreuungsurkunden in der Betreuung gegen eine juristische Person oder eine Gesellschaft.

Die Betreuungsurkunden können den in Art. 65 Abs. 1 SchKG als « Vertreter » genannten Personen auch ausserhalb des Geschäftslokals der betriebenen juristischen Person oder Gesellschaft (Art. 65 Abs. 2 SchKG) gültig zugestellt werden.

Wird der « Vertreter » im Sinne von Art. 65 Abs. 1 SchKG in seiner Wohnung oder an dem Orte, wo er seinen Beruf auszuüben pflegt, nicht angetroffen, so kann die Zustellung auch an eine zu seiner Haushaltung gehörende erwachsene Person oder an einen Angestellten erfolgen (Art. 64 Abs. 1 SchKG), und zwar selbst dann, wenn die betriebene juristische Person oder Gesellschaft ein Geschäftslokal besitzt.

Notification des actes de poursuite en cas de poursuite contre une personne juridique ou une société.

Les actes de poursuite peuvent être valablement signifiés aux personnes que l'art. 65 al. 1 LP désigne comme « représentants » même hors des bureaux de la personne juridique ou de la société poursuivies.

Si le « représentant », dans le sens de l'art. 65 al. 1 LP, ne peut être atteint à son domicile ni à l'endroit où il a coutume d'exercer sa profession, la notification peut se faire aussi à une personne adulte de son ménage ou à un employé (art. 64 al. 1 LP), même dans le cas où la personne juridique ou la société possèdent un bureau d'affaires particulier.

Notifica degli atti esecutivi in caso d'esecuzione contro una persona giuridica o una società.

Gli atti esecutivi possono essere validamente notificati alle persone, che l'art. 65 cp. 1 LEF designa come « rappresentanti », anche fuori degli uffici della persona giuridica o della società escusse.

Se il « rappresentante » a' sensi dell'art. 65 cp. 1 LEF non si trova al suo domicilio nè al luogo ove suole esercitare la sua professione, la notifica può esser fatta ad una persona adulta della sua famiglia o ad uno dei suoi impiegati (art. 64 cp. 1 LEF), anche se la persona giuridica o la società posseggono un ufficio commerciale proprio.

Am 16. März 1946 stellte der Rekurrent beim Betreibungsamt Bern ein Betreibungsbegehren gegen die « Genossenschaft Schweiz. Gross- und Kleinviehhändler, mit Sitz in Bern, Präsident: Hektor Leuenberger, Handelsmann, Ursenbach ». Der Zahlungsbefehl wurde am 22. März 1946 im Tuchladen Hektor Leuenbergers dem dort tätigen volljährigen Sohne desselben, Walter Leuenberger, zugestellt; ebenso am 25. Mai 1946 die Konkursandrohung.

Mit Beschwerde vom 4. Juni 1946 beantragte die Schuldnerin, die Betreibung sei aufzuheben und das Betreibungsamt sei anzuweisen, ihr einen neuen Zahlungsbefehl zuzustellen. Sie machte geltend, die Zustellung der für sie bestimmten Betreibungsurkunden hätte gemäss Art. 65 Abs. 2 SchKG in ihrem Sekretariat an der Genfergasse 3 in Bern erfolgen sollen; ausserhalb dieses Bureaus hätten solche Urkunden dem Präsidenten Hektor Leuenberger, wenn überhaupt, nur persönlich zugestellt werden dürfen; den an Walter Leuenberger ausgehändigten Zahlungsbefehl habe Hektor Leuenberger nie erhalten. Die kantonale Aufsichtsbehörde hat die Beschwerde am 5. Juli 1946 geschützt. Diesen Entscheid zieht der im kantonalen Verfahren nicht angehörte Rekurrent an das Bundesgericht weiter mit dem Antrag auf Abweisung der Beschwerde.

*Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer
zieht in Erwägung:*

Hektor Leuenberger ist als Präsident unstreitig Mitglied des Vorstandes der betriebenen Genossenschaft. Er gehört also zu den Personen, an welche gemäss Art. 65 Abs. 1 Ziff. 2 SchKG Betreibungsurkunden zuhanden der Genossenschaft zugestellt werden können.

Art. 65 Abs. 2 SchKG, auf den die Schuldnerin und die Vorinstanz sich berufen, sieht vor, dass die Zustellung von Betreibungsurkunden nicht nur an die in Abs. 1 genannten Personen, sondern auch an andere Beamte oder Angestellte der betriebenen juristischen Person oder Gesellschaft erfolgen kann, wenn die in Abs. 1 genannten Personen in ihrem Geschäftslokal, d. h. im Geschäftslokal der juristischen Person oder der Gesellschaft (BGE 57 III 48), nicht angetroffen werden. Dadurch wird die Zustellung im Geschäftslokal der juristischen Personen und der Gesellschaften erleichtert. Dass die Zustellung an juristische Personen oder an Gesellschaften, die ein Geschäftslokal haben, rechtswirksam

nur an diesem Orte geschehen könne, folgt aus Art. 65 Abs. 2 SchKG jedoch nicht. In dieser Bestimmung liegt keine Einschränkung des in Art. 65 Abs. 1 SchKG ausgesprochenen Grundsatzes. Betreibungsurkunden für die betriebene juristische Person oder Gesellschaft können den dort als « Vertreter » erwähnten Personen also auch ausserhalb des Geschäftslokals der Betriebenen gültig zugestellt werden. Die ausserhalb dieses Lokals erfolgte Zustellung an einen dieser « Vertreter » bietet im allgemeinen mindestens gleich gute Gewähr dafür, dass die Urkunden in die richtigen Hände kommen, wie die Zustellung an einen untergeordneten Angestellten im Geschäftslokal. Bei Organisationen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, und deren Geschäftslokal daher nicht aus diesem Register zu ersehen ist (vgl. Art. 42 Abs. 2 der Verordnung über das Handelsregister vom 7. Juni 1937), wäre es zudem für den Gläubiger bzw. das Betreibungsamt oft schwierig, das Geschäftslokal ausfindig zu machen. Demnach ist nicht zu beanstanden, dass das Betreibungsamt den streitigen Zahlungsbefehl und die streitige Konkursandrohung an Hektor Leuenberger gesandt hat.

Wie schon in BGE 44 III 21 ff. festgestellt, enthält Art. 64 SchKG, der die Zustellung an natürliche Personen regelt, einen allgemeinen Grundsatz, der, soweit nötig, die Bestimmungen des Art. 65 SchKG zu ergänzen hat. Wird der « Vertreter » im Sinne von Art. 65 Abs. 1 SchKG in seiner Wohnung oder an dem Orte, wo er seinen Beruf auszuüben pflegt, nicht angetroffen, so kann daher die Zustellung auch an eine zu seiner Haushaltung gehörende erwachsene Person oder einen Angestellten geschehen, und zwar nicht nur dann, wenn die betriebene juristische Person oder Gesellschaft (wie im Falle BGE 44 III 21 ff.) kein Geschäftslokal hat, sondern auch dann, wenn sie ein solches besitzt. Von den erwachsenen Hausgenossen und den Angestellten des « Vertreters » darf ebensogut wie von den in Art. 65 Abs. 2 SchKG erwähnten Ange-

stellten erwartet werden, dass sie die ihnen zugestellten Urkunden richtig weiterleiten. Die an Hektor Leuenberger als Präsident der betriebenen Genossenschaft adressierten Betreuungsurkunden durften daher in seiner Abwesenheit dem in seinem Laden tätigen Sohne Walter Leuenberger ausgehändigt werden.

Ist der Zahlungsbefehl zulässigerweise an Walter Leuenberger zugestellt worden, so kommt für die Wirksamkeit dieser Zustellung nichts darauf an, ob dieser ihn Hektor Leuenberger übergeben hat oder nicht (BGE 47 III 82).

Demnach erkennt die Schuldbetr. u. Konkurskammer :

Der Rekurs wird gutgeheissen, der angefochtene Entscheid aufgehoben und die Beschwerde abgewiesen.

21. Sentenza 11 settembre 1946 nella causa Wieser.

La pretesa del debitore alla consegna di cartevalori da parte d'un terzo non è un bene suscettibile di pignoramento né di realizzazione.

Il testatore non ha il diritto di creare, mediante restrizioni imposte al diritto di disposizione del legatario, categorie di beni assolutamente o relativamente impignorabili non previste dalla legge.

Ein Anspruch des Schuldners auf Herausgabe von Wertpapieren durch einen Dritten ist kein pfänd- und verwertbares Recht. Dem Erblasser steht nicht zu, durch Beschränkungen des Verfügungsrechtes des Vermächtnisnehmers neue, vom SchKG nicht vorgesehene Gattungen absolut oder relativ unpfändbarer Gegenstände zu schaffen.

Le droit qu'a le débiteur d'obliger un tiers à lui remettre des papiers-valeurs n'est pas un droit susceptible d'être saisi ni réalisé.

Le testateur ne peut, en restreignant le droit de disposition du légataire, créer des catégories de biens absolument ou relativement insaisissables non prévues par la loi.

Ritenuto in fatto :

A. — In alcune esecuzioni promosse contro Gustavo Lehmkuhl l'Ufficio di Zurigo I, richiesto da quello di

Lugano, pignorava, presso la Banca cantonale di Zurigo, obbligazioni fondiari per un valore nominale di 13 000 fr. emesse nel 1942, al 3,25 %, dalla Pfandbriefbank schweizerischer Hypothekarinstitute, e l'Ufficio di Lugano procedeva direttamente al pignoramento d'un credito di 637 fr. 30 posseduto dall'escusso verso la suddetta banca cantonale a dipendenza del libretto di risparmio n° 17801.

La Banca cantonale di Zurigo notificava che i beni pignorati, di cui è amministratrice, sono gravati da un diritto di pegno di 2000 fr. e rappresentano un legato del defunto Oscar Rohte a favore dell'escusso, il quale non può disporre prima del suo venticinquesimo anno di età.

Su domanda di creditori, l'Ufficio di Lugano fissava per primo giugno 1946 l'incanto dei suddetti beni.

Tullio Caglioni, uno dei creditori procedenti, otteneva per 2500 fr. l'aggiudicazione dei beni staggiti che erano stati stimati 13 669 fr. 80 (13 032 fr. 50 le obbligazioni fondiari e 637 fr. 30 il libretto di risparmio).

Secondo il verbale, il funzionario incaricato dell'incanto aveva reso noto ai presenti quanto segue : « I valori messi in vendita sono depositati presso la Zürcher Kantonalbank, la quale ebbe a dichiarare che per disposizione testamentaria del fu Oscar Rohte, il legato a favore del debitore escusso Antonio Gustavo Lehmkuhl e costituito dai valori di cui sopra resta vincolato sino al compimento del 25° anno di età di quest'ultimo. Inoltre esiste un diritto di pegno di 2000 fr. a favore della Polizia cantonale degli stranieri a Bellinzona, diritto stato riconosciuto dai creditori procedenti. I valori di cui sopra vengono pertanto venduti a rischio e pericolo dell'aggiudicatario senza responsabilità né garanzia da parte dell'ufficio. »

Tullio Caglioni compensava parzialmente il prezzo di 2500 fr. col suo credito in escussione.

Il 24 giugno, l'Ufficio di Lugano mandava all'aggiudicatario la copia del verbale d'incanto e della lettera indirizzata quello stesso giorno alla Banca cantonale di Zurigo per informarla della vendita a Tullio Caglioni, « il quale